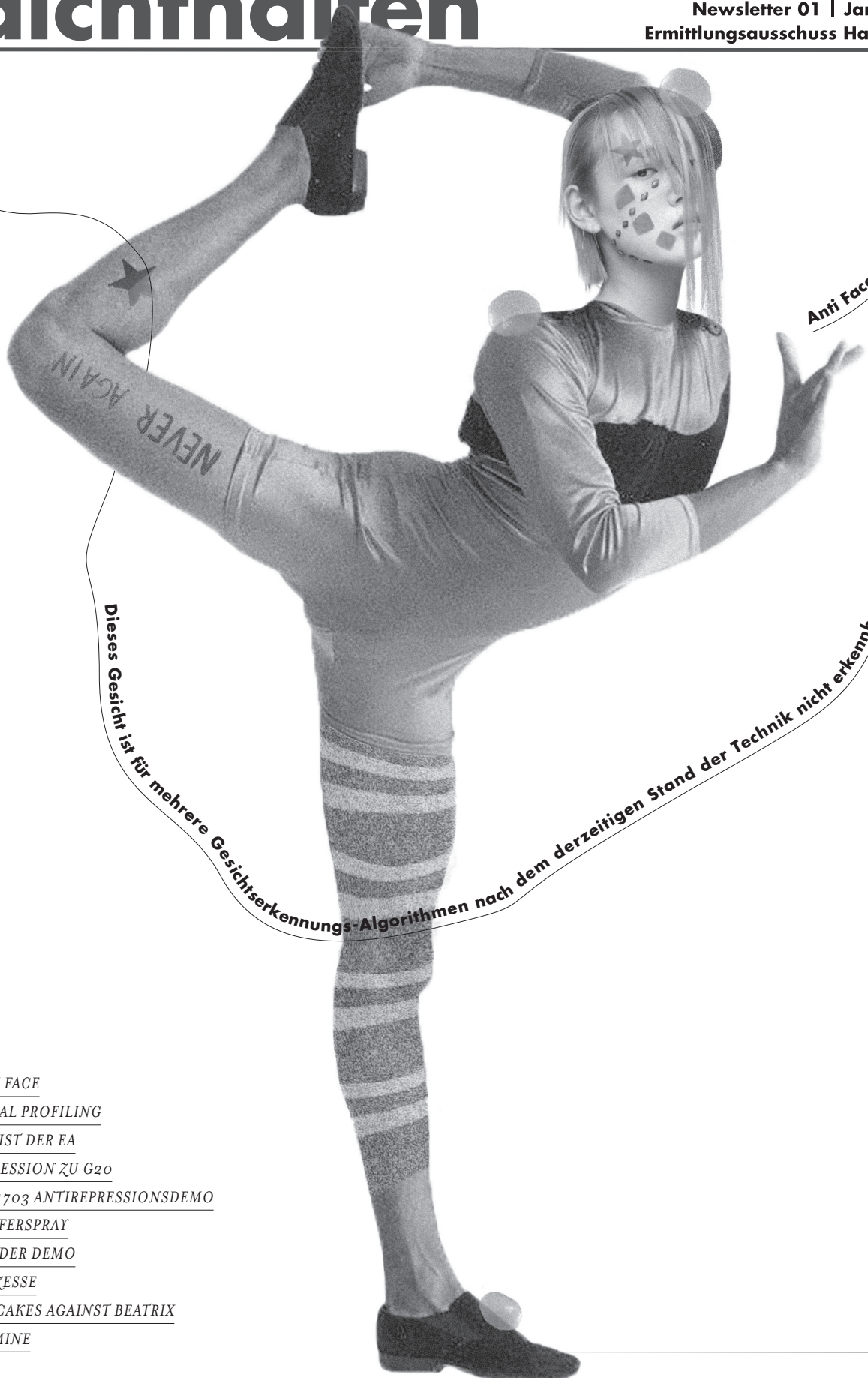


dichthalten

Newsletter 01 | Jan 2018
Ermittlungsausschuss Hamburg



ANTI FACE

RACIAL PROFILING

WAS IST DER EA

REPRESSION ZU G20

#HH1703 ANTIREPRESSIONSDEMO

PFEFFERSPRAY

VOR DER DEMO

PROZESSE

ALL CAKES AGAINST BEATRIX

TERMINE

Inhalt

ANTI FACE 2

RACIAL PROFILING 3

WAS IST DER EA 5

REPRESSION ZU G20 4-7

#HH1703 ANTIREPRESSIONSDemo 8

PFEFFERSPRAY 9

VOR DER DEMO 9

PROZESSE 10-11

ALL CAKES AGAINST BEATRIX 11

TERMINE 12

Hallo ihr Alle!



Mitten in der Aktionswoche *Society has failed – Feuer und Flamme der Repression!* ist sie endlich da: Die erste Ausgabe von **dichthalten**. Ein Newsletter rund ums Thema Antirepression, der diesmal passend zu den Aktionstagen den Schwerpunkt auf die Repression nach den NoG20-Protesten legt. Repression und Antirepression sehen wir in ihrer ganzen Breite: Von Hartz4 über Racial-Profilung, zu Knast, Prozessen, der Aufrüstung bei den Cops und so weiter. Bei Vielem habt ihr mehr Ahnung als wir - also her mit euren Texten! Wir versprechen nicht, dass wir sie Eins zu Eins drucken, aber wir freuen uns über Einsendungen! Am besten ihr sprecht uns vorher an.

Bis bald,
euer EA Hamburg



Eigentumsvorbehalt

Diese Druckschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Druckschrift dem/der Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender/der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

anti face

Das im August 2017 von Bundespolizei und Innenministerium gestartete Pilotprojekt zur Gesichtserkennung am Berliner Bahnhof Südkreuz wurde nun um weitere sechs Monate verlängert. Auch Facebook hat im Dezember 2017 ein Feature zur Gesichtserkennung eingeführt und kürzlich ein Startup für Biometrie gekauft. Und die SoKo „Schwarzer Block“ setzt bei der Auswertung ihrer zweistelligen Terrabyte-Zahl an Bild-Daten auf die Erprobung neuer elektronischer Überwachungsmittel. Eine nette, wenn auch nicht alltagstaugliche Idee die Gesichtserkennung zu verwirren ist das Schminken zum „Anti-Face“.

Racial Profiling

In den letzten Jahren haben einige von rassistischen Polizeikontrollen Betroffene dagegen geklagt und Recht bekommen.



Dabei handelte es sich um Personen, die verdachtsunabhängigen Kontrollen in Zügen, Flugzeugen und auf Bahnhöfen (nach § 22 Abs. 1a BPolG) ausgesetzt gewesen waren. Die Praxis der Bundespolizei, die sich auf diesen Paragraphen stützt, wurde wiederholt von Menschenrechtsorganisationen kritisiert, u.a. weil sie dem im Grundgesetz verankerten Verbot von Benachteiligung widerspricht.

Im Februar 2017 klagte in Hamburg ein junger Mann, der im Januar durch die Task Force Drogen in St. Pauli festgehalten worden war, gegen diese Kontrolle durch die Polizei mit der Begründung, dass sie rassistisch gewesen sei. Die Polizei Hamburg erkannte im August 2017 den Klageantrag an. Sie reagierte gegenüber dem Verwaltungsgericht mit dem Eingeständnis, dass „die Maßnahme sich [...] als rechtswidrig erwiesen hat.“ Damit wurde erstmalig auch eine Personenkontrolle, die aufgrund der Polizeigesetzgebung anlasslos an „gefährlichen Orten“ (§ 4 PolDVG) erlaubt ist, für unrechtmäßig erklärt. An der Kontrollpraxis änderte sich nichts. Auch der Kläger wurde seit dem weiterhin und wiederholt kontrolliert.

Nachdem Gefahrengebiete in Hamburg 2015 für verfassungswidrig erklärt worden waren, wurden im Dezember 2016 „gefährliche Orte“ eingerichtet. Der obengenannte Kläger war auf dem Weg zu seiner Wohnung in St. Pauli „Gefährlicher Ort PK 15 BTM“ mehrfach in

Kontrollen geraten. In diesem Gebiet gab es allein in den ersten drei Monaten zwischen dem 21.12.2016 und dem 31.03.2017:

1.182 IDENTITÄTSFESTSTELLUNGEN

409 AUFENTHALTSVERBOTE

195 INAUGENSCHENNAHMEN MITGEFÜHRTER SACHEN

74 PLATZVERWEISE UND

37 INGEWAHRSAMNAHMEN.

In Hamburg soll die Polizei anlasslose Kontrollen außer in St. Pauli 1 „Gefährlicher Ort PK 15 BTM“ in folgenden drei Gebieten durchführen: St. Pauli 2 „Gefährlicher Ort PK 15 Gewalt“, St. Georg 1 „Gefährlicher Ort PK 11 BTM 1“, St. Georg 2 „Gefährlicher Ort PK 11 BTM 2“.*

Bereits seit April 2015 - also vor Einrichtung der „gefährlichen Orte“ - agiert die Task Force Drogen in St. Georg, Schanze und St. Pauli. Vor die Aufgabe gestellt, Drogenhandel zu bekämpfen, orientiert sie sich überwiegend an dem unveränderlichen Merkmal Hautfarbe als Auswahlkriterium für anlasslose Personenkontrollen.

„Racial Profiling“ wirkt sich auf die Betroffenen schwerwiegend aus: Die Kontrolle als solche stellt die Kontrollierten in einen kriminellen Kontext, der zudem öffentlich sichtbar gemacht wird, was bei Außenstehenden rassistische Stereotype bekräftigen kann. Eine Sprecherin der Hamburger Beratungsstelle „empo-

wer“ für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt formulierte: „In Fällen von Racial Profiling erleben die Betroffenen nicht nur die einzelne Situation der rassistischen Kontrolle, sondern erfahren durch immer wiederkehrende Kontrollen kumulative Gewalterfahrungen, die schon im Einzelnen zu Erniedrigung, Ohnmacht und Traumatisierung führen können.“

Nach Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes sowie einer Reihe von internationalen Abkommen, die die BRD unterzeichnet hat (Europäische Menschenrechtskonvention, Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Anti-Rassismus-Konvention), sind rassistische Diskriminierungen durch staatliche Organe verboten. Polizeigesetze, die verdachtsunabhängige Kontrollen legitimieren, sind auch bei „neutraler Formulierung“ nicht neutral. Sie bewirken zwangsläufig in einer von Rassismus durchwobenen Gesellschaft die Ausbildung und - in ihrer dauerhaften Anwendung - die Verfestigung von Stereotypen, die sich nicht nur im Fall von vermeintlicher Drogenbekämpfung ausdrücklich rassistischer Vorurteile bedient und damit gegen das Diskriminierungsverbot verstoßen.

*eine grafische Darstellung der „Gefährlichen Orte“ findet ihr auf der Seite der Grundrechte Kampagne im Internet.

Repression in Zusammenhang mit NoG20

Eine Kurzzusammenfassung

Was in Hamburg passiert ist, ist im internationalen Vergleich nicht überraschend. Gipfel wie der G20 laufen seit längerer Zeit ähnlich – zusammengefasst wird das unter dem Stichwort: „Summit Policing“ – in Hamburg hat die Massivität der Polizeigewalt viele dennoch überrascht. Es entstand der Eindruck einer geplanten Aufstandsbekämpfungsübung unter bewohnten städtischen Bedingungen.

Repression wird in der Vorbereitung oft weder von den Strukturen, noch von den Aktivist*innen ausreichend mitgedacht. Sowohl Polizeigewalt, Haft und das „rechtliche Nachspiel“, also auch emotionale Folgen und der gemeinsame solidarische Umgang damit, werden nicht genug thematisiert.

Die Repression zu G20 begann dabei schon weit vor dem Gipfel.

Als Gesamteinsatzleiter wurde der für seine Rechtsbrüche bekannte Hartmut Dudde extra für OSZE und G20 eingesetzt, um die Übergriffe der Polizei zu koordinieren.

Es gab „Gefährder*innenansprachen“ und den Versuch von Zeug*innenbefragungen im Zusammenhang mit Aktionen gegen den OSZE-Gipfel. Zu Beginn der Medienoffensive über die Ge-

fährlichkeit der Demonstrant*innen gab es in Rostock eine Hausdurchsuchung und in Hamburg wurden zwei Berliner unter fadenscheinigen Gründen festgenommen und mit Meldeauflagen belegt der Stadt verwiesen. Auch beim Roten Aufbau gab es Hausdurchsuchungen – aufgrund eines Interviews das die Betroffenen angeblich der taz gegeben haben sollen. Obdachlose sollten die Innenstadt verlassen, die Messe, die Elbphilharmonie, Polizeiwachen & die Gesa Neuland wurden schon Monate vor dem Gipfel „geschützt“, wobei die Polizei bald mangels Personal auf die Unterstützung des Security Unternehmens Pütz zurückgriff. Denn auch die Aktionen gegen den G20 begannen früh.

In der Nähe von Messe und Elbphilharmonie waren Anwohner*innen und als G20-Gegner*innen gelesene Personen Schikanen ausgesetzt. Helikopter machten in den Monaten vor dem Gipfel Übungsflüge und Vergleichsbilder. Zudem wurde eine überdimensionierte Demoverbotszone eingerichtet und umfangreiche Campverbote erteilt. Dies und die medial verbreitete Ansage, dass Menschen, die Trumps Fahrzeug blockieren damit rechnen müssten erschossen zu werden, sollte Anreisende abschrecken. Hinzu kam eine umfangreiche Überwachung durch verschiedenste In- und Ausländische Behörden, deren Ausmaß wir

bisher noch gar nicht komplett erfassen können.

Beim G20 Gipfel haben wir alle mitbekommen was auf der Straße abging und es würde sicher zu weit führen, hier ein umfassendes Bild zu zeichnen, auch für eine Analyse ist es immer noch zu früh. Darum nur ein paar Feststellungen:

- Gemessen an dem, was in Hamburg passiert ist, wurden wenige Festnahmen gemacht. Die Cops haben statt dessen immer wieder auf Verletzungen gesetzt und dabei mehrfach in Kauf genommen, dass es Tote hätte geben können. Dabei nutzten sie auch in der Architektur bestehende Gefahren: Bei der Welcome to Hell-Demonstration griffen sie die Demo, die durch die Flutschutzmauer und die gegenüberliegende Häuserfront keine Ausweichmöglichkeit hatte, von zwei Seiten an. Am Rondenburg jagten sie Demonstrant*innen auf einen instabilen Zaun, den sie zum Einstürzen brachten, was schwere Verletzungen zur Folge hatte.

- Hierzu passen die Angriffe auf Demo-Sanis, die in diesem Ausmaß neu waren.

- Die Repressionsbehörden haben verschiedenste Mittel ausprobiert und auch

Grenzen dessen überschritten was vorher in Hamburg, bzw. der BRD möglich war.

Zum Beispiel den Einsatz von Gummigeschossen und Tränengasgranaten, den Einsatz von SEK mit Sturmgewehren und anderen Kriegswaffen in der Schanze (seitdem wurden auch schon

auf anderen Demos SEKs gesehen) und den Einsatz der österreichischen Antiterror-Einheit Cobra, die eigenständig agierte, was für nicht-deutsche Cops eigentlich undenkbar ist.

- In der Gesa gab es massive Übergriffe auf Aktivist*innen und Anwalt*innen und unhaltbare Zustände (Schlafentzug, Erniedrigungen, Dunkelhaft, etc.). Zudem wurde die Arbeit der Anwalt*innen behindert wo es nur ging und zum Teil komplett verhindert.

- Es gab Funkzellenauswertungen und den Einsatz von IMSI-Catchern. IMSI-Catcher simulieren einen normalen Funkmast, in den sich alle in dem Bereich befindlichen Mobiltelefone einwählen, so dass Basisdaten des Tele-

fons abgefangen werden und Kommunikation begrenzt mitgehört werden kann.

- Alle Observationsteams der Polizei waren im Einsatz, diverse BFEs mit ihren zivilen Tatbeobachter*innen, „gewöhnliche“ Wachen-Zivis, VS-Mitarbeiter*innen und verdeckte Ermittler*innen. Auch diverse Auslandsgeheimdienste und reisende verdeckte Ermittler*innen waren in Hamburg.

- Es entstand ein riesiger Fundus an Bild und Videomaterial. Die Cops stellten noch während des Gipfels eine Denunziationsplattform online. Aktuell behaupten sie, 25 TB an Daten auszuwerten. Diese Menge an Daten nutzen sie, um neue Software in der Auswertung zu testen und zu verbessern.

- Die Cops legten und legen sehr viel Wert auf ihre Öffentlichkeitsarbeit, sie nutzten/nutzen sehr stark Social-Media-Kanäle, um ihre Lügen zu verbreiten. Wenn diese widerlegt werden, wiederholen sie diese einfach und nutzen ihre eigenen „Fake News“ erneut als „Gegenbeweis“.

Auch nach dem Gipfel gab und gibt es immer wieder Hausdurchsuchungen.

Für die Szene am Bedeutendsten waren sicherlich die Hausdurchsuchungen, die das Verbot von indymedia.linksunten begleiteten. Sie fanden in Freiburg statt und richteten sich gegen drei Personen. Linksunten ist seitdem offline und als unterstellter „Verein“ verboten, der Rechts-

streit läuft mit unklarem Ausgang. Sowohl bei den drei direkt Betroffenen als auch im Zentrum KTS wurde viel beschlagnahmt oder kaputt gemacht: Technik, Geld, Spendendosen... Mittlerweile ist bekannt, dass in diesem Zusammenhang ein §129-Verfahren läuft und es gibt ein erstes Urteil gegen die Verwendung des Logos von indymedia.linksunten. Der Betroffene wurde erstinstanzlich zu 60 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt.

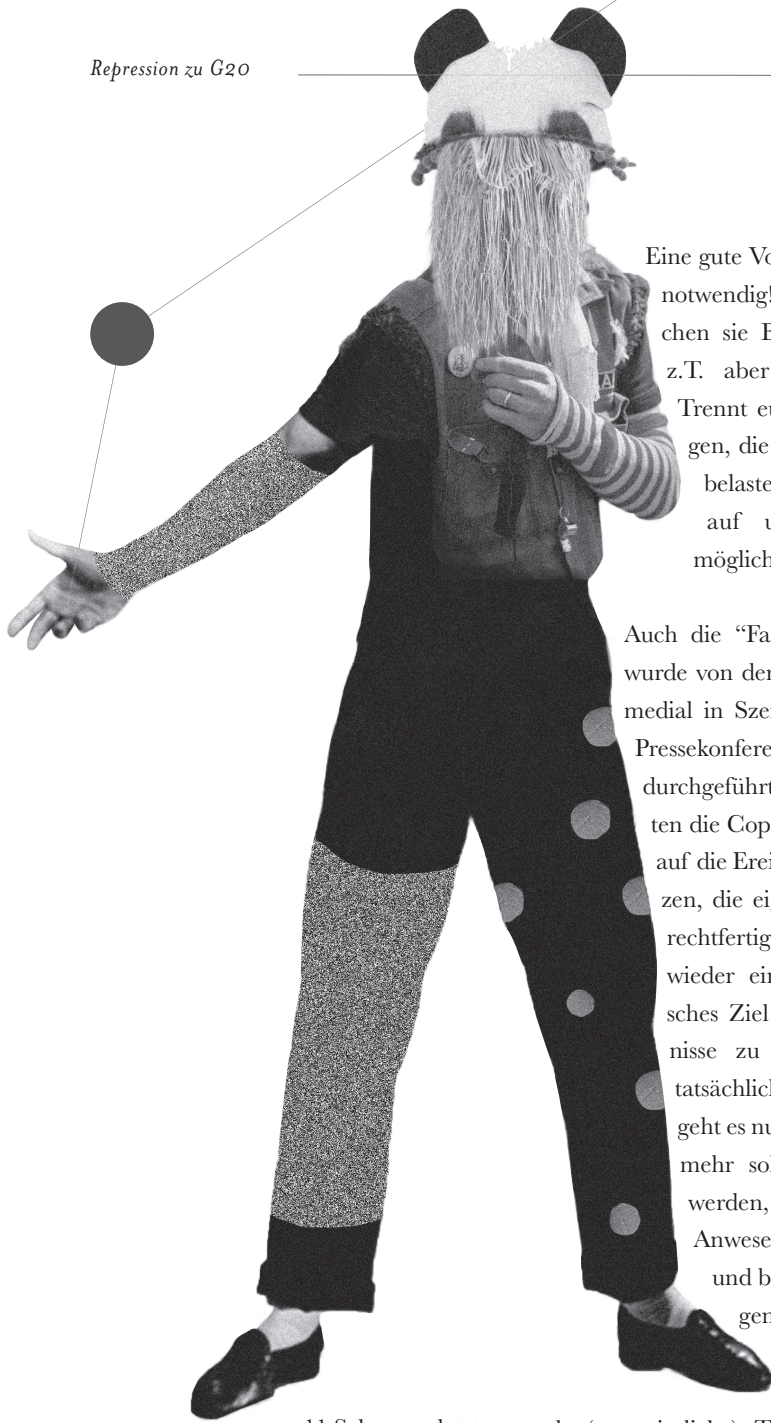
Eine erste größere Durchsuchungs-Welle gab es im Zusammenhang mit einem geplünderten Apple Store. 16 Wohnungen und Geschäfte wurden durchsucht. Dabei ist interessant, dass nur 4 der Personen überhaupt etwas vorgeworfen wurde – alle anderen wurden als „Zeug*in“, als mögliche Käufer*in von „Hehlerware“ durchsucht. Beim Verdacht, unwissentlich geklaute Geräte erworben zu haben, ist eine Durchsuchung nicht üblich.

Zwar wurden noch vor Ort die Seriennummern verglichen, es wurden aber auch Produkte mitgenommen wenn festgestellt wurde, dass diese nicht aus dem Store kamen. Begründet wurden die Durchsuchungen mit Videoauswertung und Funkzellenüberwachung.

Die Pressekonferenz, die die bundesweiten Hausdurchsuchungen bei 25 Betroffenen, die im Rondenbarg von der Polizei festgestellt worden waren, begleitete, war eine einzige PR-Show. Sie diente dazu, die Deutungshoheit über die Ereignisse zu gewinnen und ist Blendwerk, um von dem brutalen eigenen Vorgehen mit

Was ist der EA?

Hinter dem Kürzel EA verbirgt sich der Ermittlungsausschuss, der meist als Telefonnummer (in Hamburg 040 432 78 778) bei Demos oder Aktionen bekannt ist. Wir unterstützen Gefangene und schalten, wenn nötig, Rechtsanwält*innen ein. Wir versuchen eine Schnittstelle zwischen Aktivist*innen drinnen und draußen zu sein und sorgen dafür, dass keine*r unbemerkt einfährt. Dabei ist das EA-Telefon kein Infotelefon. Der EA ist nicht nur bei Demos und Aktionen, sondern auch bei anderen Problemen mit der Polizei ansprechbar, wie etwa bei Hausdurchsuchungen. Wir helfen auch bei Fragen rund um polizeiliche Ermittlungen und Anquatschversuche.



11 Schwerverletzten abzulenken. Es geht um den Rettungsversuch der Polizei, am Rondenberg nicht als brutal und in geschlossener Formation agierende, gewalttätige Horde in dem Verfahren gegen Fabio dazustehen. Denn dort zeichnet sich immer deutlicher ab, dass es selbst „offiziell“ keinerlei Anlass gab die Demo anzugreifen, noch dazu ohne jegliche Ankündigung.

Es gab auch weitere einzelne Durchsuchungen. Laut den Cops haben bundesweit bisher 57 Durchsuchungen stattgefunden. Und auch in Zukunft wird es weitere Hausdurchsuchungen geben.

Eine gute Vorbereitung ist also notwendig! Nach wie vor suchen sie Bilder und Videos z.T. aber auch Kleidung. Trennt euch also von Dingen, die euch oder andere belasten können! Räumt auf und verschlüsselt möglichst alles!

Auch die „Fahndungsoffensive“ wurde von der Polizei Hamburg medial in Szene gesetzt. In der Pressekonferenz, die zum Start durchgeführt wurde, versuchten die Cops erneut ihre Sicht auf die Ereignisse durchzusetzen, die eigene Brutalität zu rechtfertigen und brachten wieder einmal ihr strategisches Ziel vor, mehr Befugnisse zu bekommen. Um tatsächliche Strafverfolgung geht es nur am Rande. Vielmehr soll zur Normalität werden, dass bereits die Anwesenheit auf Demos und bei Protesthandlungen ausreichen kann, um unwiderruflich im Internet

als (vermeintliche) Täter*innen angeprangert zu werden. Vor dieser „Öffentlichkeitsfahndung“ war ein derartiger Angriff nicht denkbar - in Folge kam es bereits zu einer „Nachahmer*innentat“: Die Polizei Bayern fahndet öffentlich nach einer jungen Frau, die gegen die Abschiebung eines Nürnberger Schülers nach Afghanistan protestiert haben soll. Offizieller Vorwand ist der angebliche Wurf einer 500ml-Weichplastikflasche.

In den letzten Monaten kontrollierte und fotografierte das LKA immer wieder Personen, die sie als „G20-Gewalttäter*innen“ beschuldigen, um Vergleichsbilder

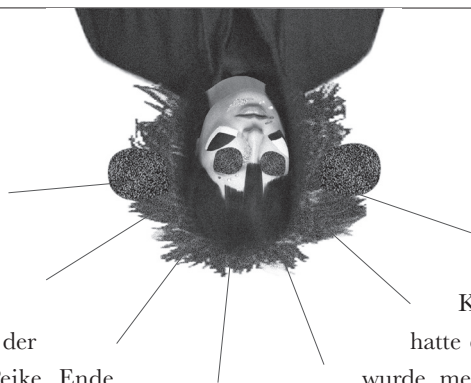
zu ihrem Bildmaterial zu haben. Am 25.10.17 fand während einer Prozess-Frühstückspause der bisher größte Angriff dieser Art statt. Dreizehn Prozessbeobachter*innen wurden gegenüber vom Gericht Altona in einem Café zu diesem Zweck festgehalten. Rund 40 Cops hinderten sie über eineinhalb Stunden lang das Café zu verlassen.

Immer wieder werden wir angesprochen weil die „SoKo Schwarzer Block“ Vorladungen verschickt. Für diese Vorladungen gilt: Nicht hingehen. Dies kann euch nur schaden. Meldet euch, wenn ihr euch Sorgen macht bei uns oder der Roten Hilfe.

Direkt nach dem Gipfel waren etwa 50 Gefangene in U-Haft, die meisten Betroffenen mit deutschen Papieren kamen relativ zeitnah raus. Gegen die verbliebenen ca. 30 Genoss*innen liefen und laufen seitdem Prozesse.

Die betroffenen EU-Bürger*innen sind rechtlich eigentlich mit deutschen gleichgestellt, da es Auslieferungsabkommen gibt, daher bestand auch nicht der Haftgrund Fluchtgefahr. Eine juristisch Rechtfertigung für die U-Haft bestand also nicht. Argumentiert wurde stattdessen damit, die Bürger*innen hätten ein Anrecht auf schnelle Verurteilung und wenn Auslieferungsanträge gestellt werden müssten zöge es sich zu lange hin.

Jetzt, 7 Monate nach dem Gipfel, sind noch 7 im Knast. Sie sind erstinstanzlich verurteilt. Von zweien wissen wir, dass sie ihr Urteil offiziell anerkannt haben, ein Urteil wurde in der Berufung bekräftigt, die anderen warten auf ihre Berufungsverhandlung.



Im ersten Prozess, der gegen Peike Ende August stattfand, verurteilte der Hardliner Krieten ihn zu 2 Jahren und 7 Monaten. Peike hatte zum Vorwurf geschwiegen. Obwohl alle anderen Richter*innen betonen, dass Krieten kein Maßstab sei, orientieren sie sich an diesem überzogenen Urteil. Von Staatsanwaltschaft und Gerichten wurde die U-Haft gezielt als Druckmittel für Geständnisse eingesetzt. In den folgenden Verfahren wurden aus unterschiedlichen Motivationen die Vorwürfe gestanden und die Beschuldigten kamen mit Bewährungsstrafen frei. Ende September war Alix, mit dem 9. G20-Verfahren, der erste, der wieder ein politisches Verfahren führen wollte. Sein zweiter Gerichtstermin fand dann aber erst am 3.11. statt. Dadurch entstand im Knast verstärkt der Eindruck: Wer raus will, muss gestehen. Auch anwaltliche Beratung einen anderen Weg zu wählen, kam nicht dagegen an. Zumal die Staatsanwaltschaft in den Verfahren auch immer wieder deutlich machte, Bewährung gebe es nur über ein Geständnis. Dass das nicht stimmt wurde im 14. Prozess gegen Emiliano deutlich. Er gab eine politische Erklärung ab, sagte nichts zur Sache und kam dennoch am ersten Prozesstag auf Bewährung raus.

Die Staatsanwaltschaft und teilweise auch die Richter*innen betonen immer wieder, es sei auch aus generalpräventiven Gründen eine schärfere Strafe nötig, denn alle hätten zu der Eskalation, die zu Freitag Abend im Schanzenviertel führte, beigetragen. Das bürgerliche Rechtsempfinden sei gestört und müsse dadurch wieder hergestellt werden.

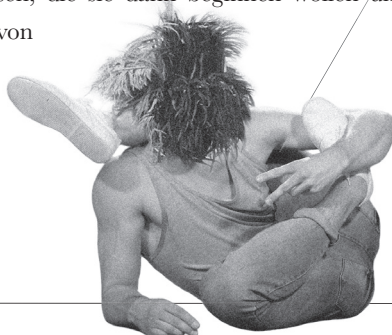
Ab Mitte Oktober starteten dann weitere politisch geführte Prozesse. Krietens Urteil im 1. Prozess hatte das Ziel einzuschüchtern und wurde medial stark aufgenommen. Es dient bis heute als Referenzrahmen – Urteile, die eigentlich für hamburgere Verhältnisse extrem hoch sind, werden als „Mildes Urteil“ dargestellt. Auch im Verfahren gegen Christian, der den Vorwurf bestritten hat, blieb Krieten sich treu und verurteilte ihn zu dreieinhalb Jahren Haft.

Die Verfahren von Alix, Fabio, Evgenii und Konstantin laufen noch in 1. Instanz, es gibt hier also noch keine Urteile.

Die Verfahren von Alix und Evgenii wurden ausgesetzt und werden im Frühjahr erneut von vorne begonnen. Bei Evgenii hatte sich der Tatvorwurf als völlig unhaltbar erwiesen. Die Schilderungen des Tatbeobachters und das Video des Ortes zum fraglichen Zeitraum passten absolut nicht zusammen. Die Staatsanwaltschaft wollte aber unbedingt einen Freispruch verhindern und behauptete kurzerhand, dass dann die Tat eben an einem anderen Ort stattgefunden habe, bezeugt von einer anderen Tatbeobachterin. Konstantins Prozess nähert sich dem Abschluss.

In der nächsten Zeit werden die Prozesse gegen die beginnen, die nicht in U-Haft sind.

Die Cops sprechen von rund 600 Prozessen, die sie dann beginnen wollen und von



insgesamt 3.000 Verfahren, in denen sie ermitteln. Wie viele Prozesse es tatsächlich werden ist unklar, doch: Die Tendenz ist steigend.

Auch bei vermeintlich aussichtslosen Voraussetzungen – streiten und in die Länge ziehen von Prozessen lohnt!

Alle Prozesse (gegen Erwachsene) müssen in Hamburg stattfinden, bei angekündigten 2000 bis 3000 Strafverfahren brechen die Gerichte mit dieser zusätzlichen Arbeit zusammen. Erst recht, wenn jeweils mindestens 3 Prozesstage stattfinden müssen. Dies ärgert die Repressionsbehörden maßlos. Bereits jetzt bleiben Ordnungswidrigkeitsverfahren oft liegen. Daher wird von Polizei und Staatsanwaltschaft gebetsmühlenartig und lautstark behauptet, die „Beweise“ seien erdrückend, es werde eine hohe Geständnisbereitschaft geben. Wer die G20 Prozesse verfolgt, wird gemerkt haben: Bei Verfahren, in denen strittig verhandelt wird, kommt im schlechtesten Fall das Gleiche raus wie bei Verfahren mit Geständnissen. Bestenfalls lösen sich die Vorwürfe ohne Geständnis als unhaltbar auf.

Lassen wir sie im Trüben fischen und ihre Ermittlungen ins Leere laufen!

Auf diese Repression antworteten wir mit viel praktischer Solidarität! Mit *United we Stand!* ist eine breite Kampagne entstanden an der sich, wie in der aktuellen Aktionswoche, alle beteiligen können. Seit dem G20-Gipfel wurden monatliche Knastkundgebungen abgehalten, Infoveranstaltungen organisiert, in Solikneipen gemeinsam gefeiert und es wurden unzählige Briefe an die G20-Gefangenen geschrieben.

#hh1703 Antirepressio

United we stand! Gemeinsam gegen Repression und autoritäre Formierung!

17.03.2018 um 14.00 Uhr, Gänsemarkt in Hamburg

Im Sommer 2017 sind wir zu Tausenden international in Hamburg zusammengekommen und haben gegen den G20 Gipfel demonstriert. Nicht die offizielle Gipfelszenierung, sondern die Proteste dagegen haben die Bilder bestimmt. Unsere Vielfältigkeit und Entschlossenheit haben es im Juli geschafft, die Propagandaveranstaltung nachhaltig zu behindern. Das ist auch gelungen, weil unterschiedlichste Gruppen und Zusammenhänge spektrübergreifend ein gemeinsames Ziel verfolgt haben.

Wir wollen rund um den „*Tag der politischen Gefangenen*“ ein solidarisches Zeichen gegen Repression setzen. Mit der Demonstration werden wir zeigen, dass das staatliche Kalkül von Kriminalisierung, Einschüchterung und Spaltung scheitern wird.

Die Gipfeltage waren für uns nicht nur Momente des Kennenlernens und des erfolgreichen Widerstands, sondern auch eine konsequente Zuspitzung staatlicher Repression. Vor und während des Gipfels agierte die Polizei völlig losgelöst mit großflächigen Demonstrationsverbotszonen, Campverboten und gewalttätigen Angriffen. Doch die Repression wird weiterhin fortgesetzt: Lange Untersuchungshaft, Hausdurchsuchungen und öffentliche Denunziationsaufrufe.

Autoritäre Formierung

Vor dem Hintergrund der derzeitigen weltweiten autoritären Formierung von Staat und Gesellschaft findet auch in Deutschland ein Rechtsruck und eine weitere Militarisierung der Polizei statt. In diesem Kontext ist auch die im Mai

2017 vom Bundestag beschlossene Verschärfung des sogenannten Widerstands- und Landfriedensbruch-Paragrafen zu betrachten. Im Hinblick auf den wenige Monate später stattfindenden G20 Gipfel in Hamburg sollte das Signal ausgesendet werden: Wer den staatlich legitimierten Proteststrahlen verlässt, hat mit drastischen Strafen zu rechnen.

Doch die nach dem Gipfel verhängten hohen Haftstrafen lassen sich nicht allein auf die Verschärfung zurückführen. In einer Vielzahl der Urteile mit hohem Strafmaß zielt die Justiz vor allem auf die Abschreckung widerständigen Verhaltens anderer ab.

Die verschiedenen Repressionsmaßnahmen der vergangenen Monate haben offenbart, dass für Politik und Repressionsorgane das Feindbild „links“ steht. Es wird versucht, uns als antagonistische Bewegung in Angst zu versetzen. In eine Angst, die uns daran hindern soll, sich zu organisieren und widerständig gegen die herrschenden Verhältnisse zu agieren. Die Repression gegen linke Bewegungen hat in Deutschland Tradition. Zum Beispiel jährt sich dieses Jahr zum 25. Mal das PKK-Verbot, das auf Grundlage des §129b immer wieder Aktivist*innen hinter Gittern bringt.

Der Ausbau des modernen Sicherheitsstaates ist auch eine Reaktion auf die weltweite Zuspitzung sozialer Konflikte. Angefacht durch die erzwungene Öffnung von weniger entwickelten Märkten durch und für die führenden Industrienationen, treiben eskalierende Verteilungskonflikte und Kriege immer mehr Menschen in die, oft tödliche, Flucht.

Aber auch im Inneren spitzt sich die

Ungleichheit zu. Der Kapitalismus ist nicht mehr gewillt, eine minimale Gewinnbeteiligung der Lohnabhängigen aufrecht zu erhalten. Menschen, die für das ökonomische System nicht zu gebrauchen sind, werden, wenn überhaupt, mit Almosen abgespeist. Die sozialen Komponenten des bürgerlichen Staates werden vielmehr gegen die Leitgedanken einer offensichtlichen autoritären Formierung ausgetauscht, deren Inhalte von großen Teilen der Gesellschaft weitreichend bereitwillig akzeptiert und verinnerlicht werden.

Lassen wir uns nicht einschüchtern.

Wir kommen nicht um uns zu beschweren. Denn wo immer die herrschenden Verhältnisse in Frage gestellt werden, wird staatliche Repression die Antwort sein. Wir werden dennoch weiter auf vielfältige Weise dafür kämpfen, dass alle unsere Genoss*innen wieder mit uns auf der Straße sein werden.

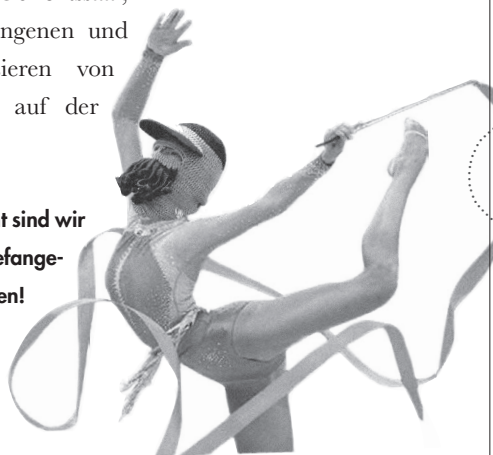
Unser Ziel ist die einer solidarischen, selbstbestimmten, staats- und geschlechterbefreiten Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Lokal und global, solidarisch und kollektiv wollen wir den schrecklichen Verhältnissen unseren Widerstand entgegensetzen.

Das Streben nach einem anderen Leben, hat uns als Bewegung in all ihrer Breite gegen die G20 aktiv werden lassen. Wir haben uns dabei die Protestformen nicht vorschreiben lassen, sondern selbst gewählt. Lassen wir die in diesem Zusammenhang einsetzende Repression seitens des Staates ins Leere laufen, indem wir

nsdemo

uns weder spalten noch isolieren lassen. Lasst uns ein Zeichen für eine solidarische Perspektive setzen, organisieren wir uns und setzen der Repression gemeinsam etwas entgegen: Ob im Gerichtssaal, im Kontakt mit den Gefangenen und Verurteilten, im Organisieren von (Soli-)Veranstaltungen oder auf der Straße.

**Getroffen hat es Einige, gemeint sind wir
Alle! Freiheit für alle G20-Gefangenen!
Freiheit für alle Gefangenen!
United we stand!**



Pfefferspray

Ende letztes Jahr fand vor dem Amtsgericht in Barmbek ein Prozess statt, bei dem einem Menschen vorgeworfen wurde, er habe gegen das Versammlungsgesetz und das Waffengesetz verstoßen. Hintergrund war eine Personenkontrolle bei Protesten gegen den Thor Steinar Laden. Bei der Kontrolle wurde ein Tierabwehrspray gefunden und sichergestellt. Der Mensch wurde freigesprochen.

Bemerkenswert an dem Verfahren ist, weswegen der Mensch vor Gericht gezerrt wurde. So hatten die Polizisten lediglich Pfefferspray ohne Prüfsiegel in ihre Berichte geschrieben. Die Politstaatsanwaltschaft beantragte einen Strafbefehl und die Richterin verhängte diesen, ohne sich das sichergestellte Spray anzusehen. Glücklicherweise wehrte sich der Mensch mit einem Einspruch gegen den Strafbefehl und wurde freigesprochen. Die Verteidigung machte deutlich, dass es sich um ein Tierabwehrspray handelte, das nicht unter das Waffengesetz fällt. Das BKA und auch das Amtsgericht St.Georg hatten schon vor Jahren entschieden, dass ein frei verkäufliches und vom Hersteller zur Abwehr gegen Tiere deklariertes Spray, das legal im Handel erworben werden kann, nicht unter das Waffengesetz fällt. Der Freispruch war also vorprogrammiert. Es zeigt sich aber, dass die Strafjustiz, insbesondere in politischen Verfahren, alles versucht, um Menschen zu kriminalisieren. Da zu erwarten ist, dass dies nicht der einzige Fall war und ist, wo so agiert wird, sollten alle, die ein Strafverfahren wegen Pfefferspray angehängt bekommen, sich unbedingt dagegen wehren!

Vor der Demo

Überlegt euch, mit wem ihr auf die Aktion gehen wollt.

Unterhaltet euch am besten schon vorher über mögliche Situationen die eintreten könnten und trefft Absprachen über das gemeinsame Verhalten und eure Aktionsformen. Sprecht dabei auch über Ängste und Einschätzungen und macht einen Treffpunkt aus, falls ihr euch verliert.

Tauscht untereinander eure vollen Namen und Geburtsdaten aus und lernt sie auswendig, damit ihr notfalls den EA informieren könnt.

Lasst Kalender, Adressbücher, Smartphones zu Hause. Die Cops ziehen daraus Informationen. Wenn ihr auf der Demo auf ein Handy nicht verzichten wollt, besorgt euch ein billiges Handy extra für Demos, in dem ihr so wenig wie möglich speichert.

Ein klarer Kopf ist wichtig, darum haben Alkohol und andere Drogen auf einer Demo nichts zu suchen!

Mehr Informationen findet ihr im Kapitel "2.3 Vor und auf Demonstrationen" in Wege durch die Wüste.





ten wird, sie wird nichts an unserem Protest ändern. (...) In einer historischen Zeit, in der überall auf der Welt neue Grenzen entstehen, neue Zäune mit Stacheldraht aufgebaut und von den Alpen bis zum Mittelmeer neue Mauern errichtet werden, finde ich es wundervoll, dass Tausende junger Menschen aus jedem Teil Europas bereit sind, gemeinsam in einer einzigen Stadt für ihre Zukunft auf die Straße zu gehen. Über jede Grenze hinaus. Mit dem einzigen Ziel, die Welt etwas besser zu machen als wir sie vorgefunden haben. Dafür kämpfen wir. Und dafür werden wir weiterkämpfen.“

Der Prozess gegen Fabio ist bislang bis Ende Februar terminiert. Am 23.1. wurde endlich auch der Haftbefehl komplett aufgehoben und Fabio kann sich nun zwischen den Gerichtsterminen aufhalten wo er will, ohne ständige Meldeauflagen. Fabio werden keine eigenen konkreten strafbaren Handlungen vorgeworfen. An ihm soll eine grundlegende Veränderung im Versammlungsrecht durchgezogen werden. Schon die alleinige Anwesenheit in der Nähe eines unterstellten „schweren Landfriedensbruch“ soll gleichgesetzt werden damit, einen solchen begangen zu haben.

Seine gesamte Prozess-Erklärung findet ihr, wenn ihr auf der *United we Stand!* Seite nach „Erklärung Fabio November“ sucht. Der nächste Gerichtstermin ist am 1.2. um 9 Uhr, Amtsgericht Altona.

All Cakes Against Beatrix

Am Montag, 5.2., wird eine Antifaschistin ihre zweiwöchige Haftstrafe in der Lübecker JVA antreten. Sie wurde im Juni 2017 vom Amtsgericht Kiel dafür verurteilt, dass sie eine Torte auf die AfD-Politikerin Beatrix von Storch geworfen hatte.

Unter dem Motto "All Cakes Against Beatrix" findet am Mo, den 5.2. ab 11:30 Uhr vor der JVA Lübeck (Marliring 41) eine Kundgebung mit Tortewurf-Stand statt.

Für die „Beleidigung“ der Politikerin, die gerne auf Menschen an den Grenzen schießen lassen will, sollte sie eine Geldstrafe zahlen, weigerte sich jedoch. Mit der Entscheidung, lieber in den Knast zu gehen soll gezeigt werden, dass Menschen einzusperren nicht dabei hilft gesellschaftliche Konflikte zu lösen und Strafe nichts daran ändert, dass Widerstand gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck notwendig und richtig bleibt.

Was bisher geschah, Prozessberichte und Pressespiegel, findet ihr auf der Seite der Roten Hilfe Kiel. Gerne könnt ihr in dieser Zeit auch Briefe an die Gefangene schreiben. Diese werden vom Anarchist Black Cross Flensburg an die Inhaftierte weiter geleitet. **Entweder per Mail an abc-flensburg@systemli.org oder per Brief an:**

INFOLADEN SUBTILUS, Z.H. TORTENWERFERIN
NORDERSTRASSE 41, 24939 FLENSBURG

Die Antifaschistin wird während ihres Knast-Aufenthalts von den dortigen Erlebnissen berichten: subtilus.blogspot.de

Nach wie vor gilt jedoch: Direkte Aktionen gegen Staat, AfD und Knast sind die beste Solidarität! Also lasst uns weiter Torten werfen, Knast-Mauern einreißen und dafür sorgen, dass die AfD keine ruhige Minute mehr hat.

Warum Knast und AfD keine Alternative sind: Menschen einzusperren hilft nicht dabei gesellschaftliche Konflikte zu lösen. Stattdessen soll das Individuum die Fehler bei sich selbst suchen und wird dadurch von gesamt-gesellschaftlichen Missständen abgelenkt. Die Absurdität des deutschen Rechtssystems zeigt sich besonders deutlich daran, dass jemand für einen Tortewurf zwei Wochen lang in den Knast kommen kann. Aber sie hört nicht an dieser Stelle auf. Denn es ist genauso absurd Menschen auf Grund ihres Bewegungsdranges (wahlweise in Form von „Verstoß gegen die Residenzpflicht“, „illegalem Grenzübertritt“ oder aber simplen „Schwarzfahrens“) oder weil sie selbst über ihren eigenen Körper entscheiden wollen (auch als „Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz“ bekannt) einzusperren. Und so etwas passiert nicht gerade selten – in Berlin gibt es einen Knast in dem jeder dritte Insasse wegen Schwarzfahrens sitzt.

Strafe wird auch nichts daran ändern, dass Widerstand gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck notwendig ist. Das es – im wahrsten Sinne des Wortes – brandgefährlich werden kann, wenn sich niemand menschenverachtenden Forderungen entgegen stellt zeigte sich deutlich in den 90ern. Die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen bewiesen wozu „ganz normale“ Menschen fähig sind, wenn rechtsradikale Ideologie mit bürgerlicher Mitte zusammentrifft. Heute trägt die Hetze der AfD dazu bei, dass wieder eine ähnliche Stimmung in Deutschland entsteht.

Gemeinsam – Solidarisch – Widerständig

United We Stand!

G20-Prozesse:

Konstantin: 1.2. ab 9:00 Uhr Amtsgericht Sievekingplatz

Peike: 9.2. / 16.2. jeweils 9:00–17:00 Uhr Landgericht Sievekingplatz

Fabio: 13.2. / 20.2. jeweils ab 9:00 Uhr Amtsgericht Altona

Evgenii: 11.4. / 18.4. / 20.4. / 27.4. jeweils ab 9:00 Uhr Amtsgericht Altona

Stanislaw: 15.2. Landgericht Sievekingplatz

Do, 1.2. / 19:00 Uhr

Fanräume Millerntorstadion

Stirb langsam oder die Angriffe auf die Versammlungsfreiheit bei G20: Werden die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit während des G20-Gipfels Auswirkungen auf zukünftige Demos haben? Werden militärisch agierende und ausgerüstete Polizeien zur neuen Normalität?

Referent: Andreas Blechschmidt (Anmelder und Leiter zahlreicher Versammlungen aus HH). Veranstaltung der Roten Hilfe – Hamburg

Fr, 2.2. / 20:00 Uhr

Infoladen Wilhelmsburg

G20 – Ein Gipfel der Repression. Vortrag und Diskussion und 129bar-Kneipe im Anschluss.

Sa, 3.2. / 13:00 Uhr

Flensburg, Bahnhofsvorplatz

Gemeinsam – Widerständig – Solidarisch. Demonstration Gegen den Rechtsruck in Gesellschaft und Politik!

So, 4.2. / 14:00 Uhr

S-Bahn Billwerder-Moorfleet

No G20 – Free Peike, now! Happy Birthday Sebastian! United We Stand! Knastkundgebung mit gemeinsamer Demo von der S-Bahn aus.

Mo, 5.2. / 19:30 Uhr

Sauerkrautfabrik

Fluchraum Nordfrankreich – Geflüchtete in Calais: Ein Jahr nach der Räumung des „Dschungels“ lebten immer noch bis zu 1.200 Menschen in und um Calais, die meisten davon obdachlos, Wind, Wetter und Gewalt schutzlos ausgeliefert. Ein Helfer, der fast 3 Monate vor Ort war, berichtet von der aktuellen Situation dieser Menschen.

Di, 6.2. / 20:00 Uhr

centro sociale

Wounded Knee 1890 – 1973 – 2018: Karen White Butterfly war als junge Frau Teil der Besetzung von Wounded Knee. Das American Indian Movement machte 1973

mit diesem Protest auf die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung in den USA aufmerksam (am Ort eines Massakers von 1890). Karen White Butterfly berichtet von den Protestcamps in Wounded Knee und Standing Rock (2017) und was sie für die Lakota heute bedeuten. Dazu Ausschnitte aus der Doku „A Tattoo On My Heart: The Warriors of Wounded Knee 1973“.

Mi, 7.2. / 19:30 Uhr

Werkstatt 3

Europäische Werte!? – Zur Frage von Dekolonisierung und affirmativer Sabotage: In dem Vortrag wirft María do Mar Castro Varela (Politikwissenschaftlerin und Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule in Berlin) einen kritischen Blick auf die Entstehung und Funktion europäischer Werte, also beispielsweise die in der Zeit der Aufklärung entstandenen Menschenrechte. Hinterfragt wird unter anderem wem diese Werte zugeschrieben werden und wer sie gleichsam verkörpern soll.

Do, 8.2. / 11:00–13:00 Uhr

Gedenkstätte Kola-Fu (KZ Fuhlsbüttel)

Suhrenkamp 98, direkt am Knast Santa Fu
Sonderführungen in der Gedenkstätte Kola-Fu mit den Zeitzeuginnen Ilse Jacob (Tochter von Widerstandskämpfer Franz Jacob) und Ursula Suhling. Veranstalterin VVN-BdA Hamburg Nord und Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V.

Do, 8.2. / 20:00 Uhr

Schwarze Katze

breit | breiter | breite kneipe - soli für g20 gefangene

Fr, 9.2. / 19:00 Uhr

B5

Infoveranstaltung zur Repression gegen den Infoladen in Magdeburg und die U-Haft von Toni seit dem 23.1.18.

Fr, 9.2. / 19:30 Uhr

Museum der Arbeit

Esther Bejarano & Microphone Mafia

Mo, 12.2. / 20:00 Uhr

Abaton Kino

„Pre-Crime“: Doku über Vorhersagende Polizeiarbeit - die Analyse von Falldaten zur Berechnung der Wahrscheinlichkeit zukünftiger Straftaten zur Steuerung des Einsatzes von Polizeikräften. Der Film zeigt Beispiele aus Chicago, London, Paris, Berlin und München. Regisseur Matthias Heeder ist anwesend.

Di, 13.2. / 16:00 Uhr

Zentral-Bibliothek, Ausstellung bis 10. März.

Die Hamburger Curiohaus-Prozesse. NS-Kriegsverbrechen vor britischen Militärgerichten: Das Curiohaus in Hamburg war von 1945 bis 1949 der wichtigste Gerichtsort für die Kriegsverbrecherprozesse in der Britischen Zone. Hier fanden 188 Militärgerichtsverfahren gegen 504 Angeklagte statt. Wer waren diese Angeklagten? Für welche Verbrechen wurden sie zur Rechenschaft gezogen? Wer waren ihre Opfer? Und welchen Anteil hatten die ehemaligen Verfolgten an diesen Prozessen?

Sa, 17.2. / 15:00 Uhr

centro sociale

Antirepressionscafé „Zum Harten Kater“: Im letzten Jahr wurden einige Gesetze verschlechtert. Doch was genau hat sich geändert und was bedeutet das für unsere Praxis? Nach einem kurzen Input wollen wir genau dies mit euch diskutieren. Eine Veranstaltung mit dem EA.

Fr, 2.3. / Di, 6.3.

3001 Kino

„Deckname Jenny“: Jennys Bande will nicht mehr zuschauen: Flüchtlinge an den Zäunen Europas, eingesperrt in Lagern. Doch als Jennys Vater deren militante Ambitionen zufällig herausfindet, muss er sich seiner eigenen Vergangenheit stellen.

Sa, 17.3. / 14:00 Uhr

Antirepressionsdemo, Gänsemarkt

United we stand! Gemeinsam gegen Repression und autoritäre Formierung!



ermittlungsausschuss
c/o schwarzmarkt
kleiner schäferkamp 46
20357 hamburg

040 432 78 778
montag 19–20 Uhr, sonst AB
www.ea-hh.org
info@ea-hh.org

Der EA sorgt als politische Struktur für Rechtshilfe bei Aktionen, Beratung und Vermittlung von Anwält*innen.

Wenn ihr bei Aktionen einen EA wollt, meldet euch möglichst früh bei uns. Für einen offensiven Umgang mit Repressionen!

